

Niderfeld-Initiative für ungültig erklärt

Alle Parteien betonen im Dietiker Gemeinderat, dass die wachstumskritische Initiative gegen übergeordnetes Recht verstösst.

Florian Schmitz

Nach dem Dietiker Stadtrat kommt auch der Gemeinderat zum Schluss, dass die kommunale Initiative «Ja zu einer regionalen Landwirtschaft» von Bernhard Schmidt (parteilos) für ungültig erklärt werden muss. Dafür sprachen sich an der Ratssitzung am Donnerstagabend alle Parteien aus. Mit der Initiative will der Dietiker Wachstumskritiker nicht nur die hiesige Landwirtschaft fördern, sondern auch die Überbauung des Niderfelds verhindern, wo frühestens ab 2028 ein neues Stadtquartier mit 3000 Einwohnern und 4000 Arbeitsplätzen entstehen soll.

Der Gemeinderat befasste sich auf Antrag des Stadtrats mit der Gültigkeitsfrage. «Damit eine Initiative gültig ist, darf sie nicht gegen übergeordnetes Recht verstossen, die Einheit der Materie muss gegeben sein und sie muss umsetzbar sein», sagte Gemeinderatspräsident Andreas Wolf (Grüne) und bat seine Ratskollegen, sich in ihren Voten nur auf die Gültigkeitsfrage zu beschränken.

Auch unter den Grundstückbesitzern im Niderfeld seien einige offen für eine Abstimmung, um für klare Verhältnisse zu sorgen, sagte Martin Steiner (SP) im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Aber die Initiative sei nur mit einer Umzonung umsetzbar und diese verstosse gegen den vom Kantonsrat festgesetzten kantonalen Richtplan. «Die Initiative hat den falschen Adressaten erreicht», sagte er. Deshalb stimme die GPK dem Stadtrat zu.

Auch SP/AL und Grüne unterstützen Ungültigkeit

Auch wenn das Anliegen der Initiative im Kern begrüssenswert sei, unterstütze die SP/AL-Fraktion die Ungültigkeitserklärung,



Bisher weist nur die Limmattalbahn darauf hin, dass im Dietiker Niderfeld an der Grenze zu Spreitenbach ein neues Stadtquartier entstehen soll. Bild: Florian Schmitz

Ratstelegramm

– Zu Beginn der Gemeinderatsitzung waren 30 von 36 Gemeinderatsmitgliedern sowie 5 von 7 Stadträten anwesend. – Der stadträtliche Antrag, die kommunale Initiative «Ja zu einer regionalen Landwirtschaft» für ungültig zu erklären, wurde einstimmig angenommen. – Die Interpellation von Martin Christen (Mitte) betreffend Flü-

terbelag als Lärmdämmungsmassnahme wurde beantwortet. – Die Interpellation von Ernst Joss (AL) zur Sprachkompetenz von Kindern beim Kindergarten eintritt wurde beantwortet. – Die Interpellation von Peter Metzinger (FDP) betreffend Busspuren für den Zweiradverkehr wurde beantwortet.

– Der Gemeinderat folgte dem stadträtlichen Antrag, das Postulat von Manuela Ehmman (EVP) betreffend Schulden- und Budgetberatung nicht zu überweisen, mit 17 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen. – Die Interpellation von Raphael Müller (FDP) betreffend «Ver-einte Kräfte 2.0» wurde begründet.

– Die Interpellation von Raphael Müller (FDP) betreffend «#beamteninflection?» wurde begründet. – Johannes Küng (SP) wurde an seiner letzten Sitzung verabschiedet. Er verlässt den Gemeinderat Ende April wegen seines Wegzugs aus Dietikon. – Die nächste Sitzung findet am 4. Mai statt und beginnt mit einer Fragestunde. (flo)

sagte Steiner anschliessend. «Wir sehen uns dem übergeordneten Recht verpflichtet, welches das Limmattal als Wachstumsort definiert». Dagegen seien lokale Schnellschüsse und Verhinderungstaktiken das falsche Mittel. Ähnlich klang es

bei den Grünen: Catalina Wolf-Miranda wies auf die Verstösse gegen übergeordnetes Recht hin, aber ergänzte: «Wir sympathisieren mit den Absichten der Initianten.»

Auch die Mitte sprach sich für die Ungültigkeit der Initiati-

ve aus. Wegen der über 500 Unterschriften habe man in der Fraktion lange nach Möglichkeiten gesucht, um die Initiative für gültig zu erklären, aber keine gefunden, sagte Gabriele Olivieri. Er erinnerte daran, dass die Dietiker Bevölkerung 2008 die Um-

zonung des Niderfelds, welche die heutigen Pläne ermöglichte, mit 52 Prozent befürwortet hat. «Es ist schade, dass ein ehemaliger Stadtpräsidentenkandidat kein Verständnis für die gesetzlichen Abläufe zeigt und die Stimmbürger durch unhaltbare

Versprechen in die Irre führt», sagte er in Bezug auf den Initianten Bernhard Schmidt.

Zur Demokratie gehört auch, dass man die Regeln beachtet, die in der Vergangenheit geschaffen wurden, sagte Peter Metzinger (FDP). Und Max Bodenmann (Gamfa) forderte, dass die politische Meinung der vielen Menschen, welche die Initiative unterstützen, auf anderem Weg in der lokalen Politik berücksichtigt werden sollen.

Vorwurf: Verhinderung statt Landschaftsschutz

Der Titel der Initiative sei befremdend, weil sie Landschaftsschutz suggeriere, obwohl es hier vor allem um die Verhinderung im Niderfeld gehe, begründete Christiane Ilg-Lutz, wieso auch die EVP für die Ungültigkeitserklärung stimmte. «Der Kanton braucht Siedlungsflächen und wir müssen auf seinen Bedarf achten», sagte Sven Johannsen (GLP).

Es sei bezeichnend, dass der Initiant heute nicht anwesend sei, um die Argumente anzuhören, wieso in diesem Fall die kommunale Initiative der falsche Weg sei, sagte Markus Erni (SVP). «Das Verhindern um jeden Preis können wir so nicht unterstützen.»

Ernst Joss erinnerte daran, dass er 2008 als Wortführer des Referendumskomitees gegen die Einzonung des Niderfelds kämpfte. Die Gültigkeit der Initiative sei genau und von verschiedenen Quellen abgeklärt worden. «Wir haben keine andere Wahl, als sie für nicht gültig zu erklären», sagte er.

Nach den vielen klaren Voten erklärten die Gemeinderatsmitglieder die Initiative einstimmig für ungültig. Damit bleibt Bernhard Schmidt nur noch der Rechtsweg, um möglicherweise doch noch eine Abstimmung zu erzwingen.

Mehrheit ist gegen eigene Schuldenberatung

Die Mehrheit des Dietiker Gemeinderats teilt die Ansicht des Stadtrats, dass das bestehende Beratungsangebot ausreichend ist – das Postulat von Manuela Ehmman (EVP) wird abgelehnt.

Florian Schmitz

«Mit einer eigenen, niederschweligen Schulden- und Budgetberatung können wir langfristig Kosten sparen, Personen aus der Schuldenfalle helfen und das Steuersubstrat verbessern», begründete Manuela Ehmman (EVP) am Donnerstagabend im Dietiker Gemeinderat ihr Postulat. «Dietikon kann nur gewinnen.» Der Stadtrat teile die im Vorstoss aufgenommenen Anliegen grösstenteils, antwortete Sozialvorstand Philipp Müller (FDP), bevor er erklärte, wieso er dem Gemeinderat trotzdem beantragte, das Postulat nicht zu überweisen. Der Stadtrat wolle Ehmman's Forderung, eine eigene Beratungsstelle aufzubauen, nicht nachkommen.

Möglichst frühe Beratungsmöglichkeiten seien enorm wichtig, denn für die Sozialabteilung sei es der Worst Case, wenn eine Person bereits Job und Wohnung verloren und einen Haufen Beteiligungen habe. Deshalb habe die Sozialabteilung bereits ihre niederschweligen Angebote ausgebaut, damit man sich beraten lassen könne, bevor man in die Sozialhilfe abrutscht. Der Intake der Sozialabteilung biete auch Budgetberatungen und helfe zum Beispiel beim Schreiben von Bewerbungen oder bei der Wohnungssuche. Diese Angebote seien für Dietikerinnen und Dietiker kostenlos.

Neuere Angebote wie Moneychat und Moneythek

Neben den etablierten Angeboten von der kantonalen Schul-

denberatung, Caritas und Streetchurch gebe es auch neuere Angebote, sagte Müller. So könne man sich gratis und anonym online beraten lassen über Moneychat – ein Projekt der kantonalen Schuldenberatung, der Stadtzürcher Schuldenprävention und der Stadtzürcher Anlaufstelle «Jobshop/Info-shop» – oder die niederschweligen offenen Beratungsstunden des Projekts Moneythek der Caritas nutzen. Weiter zählte Müller die verschiedenen Lernstuben im Kanton Zürich und die Sozialdienste der Kirchen auf.

Niederschwellige Gratisangebote seien genügend vorhanden und der Aufbau einer eigenen Beratungsstelle sei teuer, sagte Müller. «Sie können das Postulat mit gutem Gewissen

nicht überweisen.» SVP, FDP, Mitte und GLP folgten der Argumentation des Stadtrats, weshalb das Postulat schliesslich mit 17 zu 10 Stimmen bei zwei Enthaltungen nicht überweisen wurde.

Eine Enthaltung stammte von Sven Johannsen (GLP), der bei seinem Votum für die GLP sagte, er persönlich enthalte sich, weil die bestehenden Angebote auf der städtischen Website nicht ersichtlich seien. Philipp Sanchez sagte für die SP/AL-Fraktion: «Es gibt Möglichkeiten, den Zugang zur Schuldenberatung zu verbessern.» Obwohl seine Fraktion auch dagegen sei, eine eigene Schuldenberatung aufzubauen, unterstützte sie als Einzige neben der EVP geschlossen das Postulat.

Mehr Deutsch-Frühförderung

Dietikon Es sei erfreulich, dass der Stadtrat etwas unternehmen wolle und die Schulpflege vor habe, die Anzahl Lektionen in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu erhöhen, sagte der Dietiker AL-Gemeinderat Ernst Joss am Donnerstag, als es um die Antwort auf seine Interpellation ging. Mit seinem Vorstoss wollte er herausfinden, wie die Stadt Kinder fördert, die keine oder nur wenig Deutschkenntnisse haben. Joss betonte, dass Kinder schon vor dem Kindergarten beginnen sollten, Deutsch zu lernen.

Die Stadt könne kein Obligatorium für Deutschunterricht vor dem Kindergarten beschliessen, da dies kantonal geregelt sei, so Joss. Deshalb müsse man mit den eigenen Kantonsräten reden oder sich mit anderen Gemeinden zusammenschliessen, um auf Kantonsebene etwas zu bewirken.

Die Interpellation sei ein Wink mit dem Zaunpfahl, dass der Stadtrat bei der Frühförderung vorwärts machen soll, sagte

Beat Hess (Grüne). Er erinnerte daran, dass in der Kantonsratskommission für Bildung und Kultur ein Dietiker – Rochus Burtcher (SVP) – sitzt, der sich dem Thema annehmen könne. Bei der Sprachförderung sei es essenziell, schon im Vorschulalter anzusetzen, sagte Patrizia Hüusser-Juliano (Mitte). «Die Frühförderung muss intensiviert werden.» Deshalb sei sie gespannt auf den Abschlussbericht der zweiten Phase des Förderprogramms Primokiz.

Manuela Ehmman (EVP) begrüsst es, dass die Stadt erkannt habe, wie wichtig Frühförderung sei. Denn es bestehe definitiv noch Luft nach oben. In seiner Interpellationsantwort schrieb der Stadtrat, dass rund drei Viertel aller Kindergartenkinder DaZ-Lektionen erhalten. Um mehr Menschen zu erreichen, könne die Stadt vermehrt mit fremdsprachigen Vereinen zusammenarbeiten oder Informationen in Moscheen auslegen, regte Lea Sonderegger an (FDP). (flo)